

Ä1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Robin Korte (KV Münster)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 59 bis 61 einfügen:

Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge **und sollen daher kommunale Pflichtaufgabe werden**. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben

Begründung

Es gibt in NRW viele Positivbeispiele von Städten und Gemeinden, die bereits heute anspruchsvolle Klimaschutzziele verfolgen und dafür umfassende Handlungskonzepte auf den Weg bringen. Leider gibt es aber auch viele Kommunen, in denen der Klimaschutz nicht so stark berücksichtigt und nicht als politische Handlungsmaxime verfolgt wird. Daher sollte das Land NRW Klimaschutz zur Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung machen und die Kommunen auch entsprechend dafür ausstatten und unterstützen. Denn viele Treibhausgasreduktionen lassen sich vor allem auf kommunaler Ebene erreichen, z.B. in der Wärmeversorgung, der Verkehrs- und Stadtplanung sowie im kommunalen Gebäudebestand.

Das gleiche gilt für die Klimaanpassung: Diese wirkt sich vor allem lokal aus und muss lokal organisiert werden, z.B. durch kommunale Grünordnungen oder eine klimaresiliente Stadtentwässerung ("Schwammstadt").

Ä2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 125 bis 131:

Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln ~~werden wir~~kann unsere Gesellschaft klimaneutral ~~umbauen können~~werden. Mit künstlicher Intelligenz und ~~digitaler~~automatisierter Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen. ~~In~~Insbesondere in der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss

Von Zeile 133 bis 136:

ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. ~~Wir wollen verhindern, dass~~Soft- und Hardware für Digitalisierung muss ressourcenschonend und energiesparend konzeptioniert, entwickelt und programmiert werden, damit diese Effizienzgewinne ~~durch den überbordenden Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgeessen werden~~erhalten bleiben. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung

Von Zeile 138 bis 140:

werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch ~~können~~erreichen wir Energieeinsparungen gegenüber bisherigen Netzen ~~nutzen~~.

Begründung

Dieser ÄA beinhaltet mehrere Änderungen. Im Einzelnen dazu:

1. Ich halte es für unklug davon zu sprechen, dass wir die Gesellschaft "umbauen" wollen. Das klingt m.E. für viele Bürger*innen zu radikal, zumal das was man mit der Digitalisierung für Klimaschutz tun kann – hier geht es wohl vor allem um die automatisierte Steuerung von Prozessen – von den Bürger*innen vermutlich gar nicht als "Umbau" wahrgenommen wird.
2. Übertragungsnetze werden meines Wissens nach auch heute schon digital gesteuert (mag vielleicht ein*e Energiepolitiker*in etwas Genaueres zu beitragen). In Verbindung mit Künstlicher Intelligenz wird hier wohl eher diskutiert, dass kleinteiligere Netze auch automatisiert gesteuert werden. Also dass wenn weniger Strom im Netz ist Elektroautos langsamer laden (oder sogar selbst wieder Strom ins Netz einspeisen).
3. Dieser Satz zielt vermutlich auch Technologien wie Cryptowährungen ab. Weltweit schätzt bspw. das [Cambridge Center for alternative Finance den Stromverbrauch auf jährlich 120 TWh](#) (Stand 17.11.21). Das Problem dort ist allerdings gar nicht der Datenverbrauch, sondern der Stromverbrauch (für Rechenleistung), weil die meisten Cryptowährungen auf dem so genannten "Proof-of-Work"-Konzept beruhen. Es gibt zumindest eine Cryptowährung die auf ein Proof-of-Space (also möglicherweise Datenverbrauch) setzt, die ist allerdings beim [Energieverbrauch vermutlich irrelevant](#). In jedem Fall ist jedenfalls nicht einfach verständlich, worauf dieser Satz abzielt und ob das Land NRW darauf überhaupt einfluss nehmen kann.

4. Wir erreichen Energieeinsparungen. Wenn man tatsächlich von Nutzen sprechen möchte würde sich die Frage stellen "wofür?". M.E. reicht aber schlicht die Feststellung, dass wir dadurch Energieeinsparungen erreichen.

Ä3 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 433 bis 437:

um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrtdienste zu stärken. Um eine echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, ~~werden wir private Anbieter verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand bereitzustellen.~~ verpflichten wir private Anbieter, ihre Angebote an die Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand anzubinden und statten diese mit offenen Schnittstellen aus. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem wir – analog zur Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den

Begründung

Eine wirkliche Vernetzung der Angebote setzt voraus, dass es im verpflichtenden Aufgabenbereich der Anbieter liegt, ihre Angebote an die Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand anzubinden und nicht bloß hierfür taugliche Schnittstellen bereitzustellen.

Die Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand sind dann für die Vernetzung zentral, sollten allerdings nicht das Ende der Mobilitätsvernetzung sein. Vielmehr sollten sich am Ende alle Mobilitätsdaten in den öffentlichen Plattformen finden. Die Bürger*innen können die Angebote dann bspw. über eine App der öffentlichen Hand (bspw. den bundesweit angedachten Mobilpass) nutzen oder über eine andere App ihrer Wahl. Das eröffnet die Perspektive, dass Navigationssoftware flächendeckend Zugriff auf Fahrplaninformationen in Echtzeit hat und auch direkt über diese bspw. Tickets gebucht werden können. Hierfür braucht es dann zwingend die offenen Schnittstellen aufseiten der Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand, diese fungiere quasi als digitaler Hub für Mobilität.

Ä4 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 353 bis 355 einfügen:

Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre sowie Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die

Begründung

Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, erbringen einen wichtigen Dienst für die Gemeinschaft. Da sie für diesen Einsatz nur eine sehr geringe Aufwandsentschädigung bekommen, ist ein kostenloses Ticket eine große Unterstützung für sie. Außerdem unterstützt es mehr Menschen dabei, sich auf nachhaltige Weise fortzubewegen.

Ä5 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 840 bis 842:

Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr ~~Tierwohl~~ **Tiergerechtigkeit** sind für viele kleine Unternehmen durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe

Begründung

Tierwohl ist ein Kampfbegriff der Massentierhaltungsindustrie.

Ä6 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 23 bis 26:

endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser ~~Land bis 2040~~ Land bis 2035 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein

Von Zeile 49 bis 51:

Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW

Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis ~~2040~~ 2035 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-

Begründung

Das Jahr 2040 als Zielmarke zur Erreichung der Klimaneutralität ist zu spät für das Erreichen des 1,5°C-Ziels. Um dem im Pariser Klimaabkommen formulierten 1,5°C-Ziel gerecht zu werden, muss Nordrhein-Westfalen bereits 2035 Klimaneutralität anstreben.

Aus der 1,5°C Machbarkeitsstudie (2019) des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie:

“Um die 1,5-°C-Grenze mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent zu erreichen, muss die Menge der zukünftig global ausgestoßenen Treibhausgase eng begrenzt werden. Insgesamt dürften dafür nach Berechnungen des IPCC weltweit ab 2018 noch maximal 580 Gt CO₂ emittiert werden (IPCC 2018a). Für Deutschland bleibt gemäß dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) ab dem Jahr 2020 noch ein Restbudget von 4,2 Gt CO₂ – unter der Annahme, dass die weltweit noch erlaubten Emissionen pro Kopf der Bevölkerung gleichverteilt werden und aufgrund der vielen damit verbundenen Unsicherheiten keine Ausgleichsmaßnahmen über negative Emissionen ergriffen werden sollen oder können. Das Einhalten dieser Zielmarke ist nur dann zu erreichen, wenn Deutschland bis etwa zum Jahr 2035 CO₂-neutral wird und dies auch nur dann, wenn die Emissionen schon in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren besonders stark sinken (vgl. Abbildung 1-1).”

“Insgesamt legen die Analysen in dieser Studie nahe, dass das Erreichen von CO₂- Neutralität bis zum Jahr 2035 aus technischer und ökonomischer Sicht zwar extrem anspruchsvoll wäre, grundsätzlich aber möglich ist.”

Quelle: https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf

Ä3 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Redaktionelle Änderung

Aderlass raus. Das ist zu unsachlich. Lieber positiv formulieren.

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 240 bis 242:

zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in den Ruhestand. Um ~~den Aderlass~~ **Menschen für das Handwerk** zu ~~stoppen~~ **gewinnen**, werden wir gemeinsam mit den Innungen und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht:

Begründung

Aderlass? Das ist dann doch etwas zu unsachlich...

Ä4 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 519 bis 521 einfügen:

Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund professionalisieren wir den Wissenstransfer zwischen den Kommunen, indem wir Erfahrungen und Best Practices zentral sammeln und durchsuchbar machen.

Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von

Begründung

Städte, Gemeinden und Kreise stehen vor ähnlichen Herausforderungen bei der Digitalisierung. Sie alle gehen Schritte in dieselbe Richtung, wählen dabei aber unterschiedliche Wege. Manches gelingt, manches gelingt nicht. Diese Erfahrungen gilt es an einer Stelle zu sammeln, zugänglich und durchsuchbar zu machen. Kann eine Gebietskörperschaft auf Erfolgskonzepte aus anderen Gebietskörperschaften zurückgreifen kann sie die eigene Digitalisierung schneller voranbringen.

Eine zentrale Sammlung dieser Informationen wurde scheinends versucht, aber nicht erfolgreich.

Ä5 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 537 bis 541:

der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei. ~~Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch, dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik umzugehen.~~ Ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Lebens findet heute auch im digitalen Raum statt. Damit hier niemand ausgeschlossen ist, ist es wichtig, dass alle einen Zugang sowohl zu einer schnellen Internetleitung als auch zu einem Endgerät haben und dazu in der Lage sind, mit dieser Technik selbstbestimmt umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen

Begründung

Das Internet ist schon sehr wichtig. Bereits jetzt ist, wer keinen Zugang dazu hat, in erheblichem Maße von Gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Man denke bspw. an die Nutzung von Onlinevideodiensten, sozialen Netzwerken oder der Wikipedia.

Damit Menschen hier teilhaben können braucht es immer 3 Komponenten: Den Zugang (also die Leitung), das Endgerät (also bspw. den Computer) und die Kompetenz mit beidem auch umzugehen.

Ä6 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 534 bis 535:

~~Digitale Ämter – leicht~~ Wir machen die Digitalisierung für alle zugänglich
Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge

Begründung

In dem Absatz steht viel. Das wenigste hat etwas mit Ämtern zu tun sondern am meisten geht es darum Barrieren abzubauen. Das sollte auch in der Überschrift stehen.

Ä1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 410 bis 412 einfügen:

Preisentwicklung der Semesterbeiträge wollen wir sicherstellen, dass sie für Studierende gut bezahlbar werden. Damit Materialkosten im Studium nicht zu Zugangshindernissen werden, muss der Staat hier im Bedarfsfall die Kosten übernehmen. Um mehr Wohnungen für Studierende zu schaffen, fördern wir deren Neubau und Sanierung über Zuschüsse an die Studierendenwerke.

Begründung

Es ist wichtig und richtig, dass ein Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein sollte. Damit das auch in der Praxis nicht passiert, müssen auch indirekte Zugangshindernisse wie extrem hohe Materialkosten effektiv verhindert werden.

Ä2 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

aus dem "Wir" Wirklichkeit macht.

Ein solidarisches, inklusive und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind, keine Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

jede*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. Ein Land ohne Barrieren, in dem alle Menschen mit oder ohne Beeinträchtigungen gemein Leben und Teilhaben können. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind. Unser

Von Zeile 118 bis 120 einfügen:

preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Gleiches gilt für die Bereitstellung von Baugrundstücken für Gemeinschaftliche und inklusive Wohnformen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach

Von Zeile 131 bis 132 einfügen:

Quartiere und Nachbarschaften für alle Generationen

Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich

Von Zeile 148 bis 151 einfügen:

Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen.

Teilhabe stärken – gegen Vereinsamung und Ausgrenzung

Vereinsamung und oftmals auch Armut bestimmen die Lebenssituation von vielen älteren Menschen. Deshalb sind soziale Netze vor Ort gefragt, Angebote zu schaffen, die ältere Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen und die Teilhabe fördern. Hierzu gehören Angebote gegen Vereinsamung wie Treffpunkte und Beteiligungsmöglichkeiten, digitale Vernetzungsstrukturen (z.B. Senioren-Chatgruppen), Teilhabevergünstigungen bis hin zu aufsuchenden sozialen und kulturellen Angeboten im Wohnquartier. Teilhabe an Aktivitäten wollen wir durch Sozialtickets und Vergünstigungen bei Kultur- und Freizeitangeboten ermöglichen und örtliche Angebote hierzu unterstützen. Wir wollen unterstützende Nachbarschaften, sorgende Gemeinschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“ fördern.

Landesinitiative "Mehr Platz zum gemeinsamen Spielen"

Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb

Von Zeile 153 bis 157:

spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit unserem [Leerzeichen]Förderprogramm "Mehr Platz zum Spielen" Spielen inklusive" können Kommunen bereits bespielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen Raum erhalten und „inklusive“ und barrierefrei für das gemeinsame Spielen von Kindern mit und ohne

Beeinträchtigung[Leerzeichen]ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.

Von Zeile 179 bis 180 einfügen:

ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Zudem wollen wir für wohnungslose Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf ein selbstbestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung im Quartier ermöglichen und unterstützende Wohnprojekte (wie 60+ in Münster) fördern.

Von Zeile 327 bis 341:

Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen Noch immer wird der Großteil der Pflege und Unterstützungsleistungen von Angehörigen aus dem familiären Umfeld erbracht. Viele der pflegenden Angehörigen sind berufstätig und dadurch doppelt belastet oder selbst im höheren Lebensalter und somit wenig belastbar. Deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, die einer würdevollen Pflege gerecht werden und die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige stärkt. Es verlangt eine Pflege, die die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllt und kultur- wie auch LSBTT*sensible ausgerichtet ist. Dies muss auch Bestandteil der Pflegeausbildung wie auch Pflegeinfrastruktur im Lebensumfeld sein. Wir wollen, dass Menschen genau die Unterstützung finden, die sie brauchen, um im Alter selbstbestimmt leben zu können.

Selbstbestimmt Leben im Quartier

Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen[Leerzeichen]sich viele Menschen im Alter. ~~Bisher orientiert sich das~~Das Angebot an Pflegeplätzen ~~stark~~ ~~amist~~ aber vielfach noch geprägt durch Großheime. Deshalb wollen wir weg von einem weiteren Ausbau von Großeinrichtungen. Wir setzen insbesondere auf Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit einem umfassenden Pflege- und Unterstützungsangebot oder „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung. Über Angebote zur Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir Pflege und Unterstützung rund um die Uhr und entlasten somit auch pflegende Angehörige. Eine Umgestaltung der Heime mit durchgängig Einzelzimmern, die Öffnung zum Quartier für Bewohner*innen, Vereine und Initiativen im Stadtteil, oder den Wandel zur Wohnanlage für alle Generationen unterstützen wir. Neue quartierorientierte Versorgungsformen werden wir unterstützen.

Pflege als kommunale Aufgabe verankern

Der Ausbau der Pflegeinfrastruktur ist allzu oft geprägt durch das Interesse von Investoren, renditeträchtig in Großeinrichtungen zu investieren. ~~Deren Großheime~~Wir wollen hingegen eine gemeinwesenorientierte Ausrichtung befördern. Vorrangig sollen Rendite-bringenfreigemeinnützige und kommunale Träger als Akteure der Alten- und Pflegearbeit berücksichtigt werden und Investoren eine lokale oder regionale Anbindung haben. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ sowie einer Alten- und Sozialplanung im Interesse der Bevölkerung gestalten. Gleiches gilt für eine altersgerechte Wohnungs- und Quartierspolitik. Von der Bundesebene erwarten wir ~~eine~~die „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.[Leerzeichen]

Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal[Zeilenbruch] Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Arbeitszeiten ein. Voraussetzung hierfür sind bessere Personalbesetzungen in allen Versorgungsformen. Deshalb ~~benötigen wir~~ wissenschaftlich fundierte, verbindliche ~~müssen die fundierten, verbindlichen~~ Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege vollumfänglich umgesetzt werden. ~~In~~Wir

setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass es in NRW genügend Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzkräfte gibt, und verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten. Wichtig ist eine bessere und angemessene Bezahlung in der Pflege und den Gesundheitsberufen. Hierzu gehört eine Angleichung der Dauerpflege mit der Akutpflege. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften,

Von Zeile 355 bis 357:

Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass Suchtberatungsstellen ~~und besonders~~, Drogencafés ~~besser geschützt werden~~ und Konsumräume weiterhin gefördert und deren Standorte gesichert bleiben, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die zielgruppenspezifischen Hilfeangebote und Beratungsstrukturen stärken wir.

Begründung

Update: Der Antrag wurde geändert, u.a. wurde er mit dem Antrag von Sebastian Iber zusammengeführt.

Die Anträge beinhalten u.a. Änderungen und Ergänzungen zur inklusiven Ausrichtung, generationübergreifende Quartiere, soziales Wohnen und Angebote gegen Wohnungslosigkeit, Pflege und Alter

Ä3 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 255 bis 257 einfügen:

können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und wo sinnvoll eine Rekommunalisierung unterstützen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine

Begründung

Die Corona Krise hat spätestens gezeigt, dass die zunehmende Privatisierung des Gesundheitsbereich keine sinnvolle Angelegenheit ist. Der Gesundheitsbereich gehört sich existenziellen öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn die Möglichkeit für Kommunen besteht Krankenhäuser wieder selbst zu betreiben, sollte die neue Landesregierung dies auch unterstützen.

Ä4 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 352 bis 354 einfügen:

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, wie zum Beispiel Onlinesucht. So begegnen wir den rechtlichen Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Ä1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 254 bis 256 einfügen:

staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Damit Bürger*innen das vom Staat auch einfordern können, statten wir sie mit einem wirksamen Rechtsbehelf aus. Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom

Begründung

Der Zugang zu Informationen ist stark demokratiefördernd. Bereits jetzt gibt es in NRW ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Eine große Schwäche dieses Gesetzes ist dessen Rechtsbehelf. Behörden haben aktuell einen Monat Zeit, um die angeforderten Informationen bereitzustellen. Kommen Behörden dieser Pflicht nicht nach, müssen Bürger*innen auf Gewährung des Zugangs klagen. Diese Gerichtsverfahren dauern Monate bis Jahre, sodass die eigentlich bewusst kurz gewählte Frist des IFG wirkungslos verpufft. Will die Behörde eine Information nicht teilen, so kann sie den Zugang so verschleppen.

Ä2 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 82 bis 83 einfügen:

persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden.

Antifaschistische Demonstrationen sind ein wichtiger Teil einer wehrhaften Zivilgesellschaft und dürfen nicht kriminalisiert werden.

Begründung

Die letzte Landesregierung versucht immer wieder und besonders natürlich mit dem neuen Versammlungsgesetz antifaschistische Demonstrationen grundsätzlich zu kriminalisieren. Dabei wissen wir, dass unsere heutige Demokratie explizit als Gegenentwurf zum Faschismus geschaffen wurde. Es ist daher unerlässlich, dass sie sich immer klar gegen faschistische Bewegungen wehrt. Genau dies machen antifaschistische Demonstrationen und sind daher ein wichtiger Faktor für unsere demokratische und offene Gesellschaft. Dies sollte auch unser Wahlprogramm klarstellen.

Ä3 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 403 bis 404 einfügen:

Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.
Wir erwarten außerdem endlich eine vernünftige Aufarbeitung der Missbrauchsskandale in der Kirche und eine vollumfängliche Zusammenarbeit mit der Justiz .

Begründung

Es ist wichtig, das Verhältnis zwischen Staat und christlichen Kirchen vollumfänglich zu beleuchten. Hierzu gehört auch die Betonung der Missbrauchsskandale und deren unzureichende Aufarbeitung. Noch immer werden zu viele Opfer sexueller Gewalt in der Kirche alleine gelassen. Hier braucht es endlich eine vernünftige Aufklärung und ZUsammenarbiert mit der Justiz. Das sollten wir auch in unserem Wahlprogram klar benennen insbesondere da auch die Bistümer in NRW nicht besonders proaktiv an den Vorwürfen arbeiten.

Ä4 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 486 bis 488 einfügen:

Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir setzen uns darüber hinaus auch für die Wiedereinführung einer staatlichen Seenotrettung auf dem Mittelmeer ein. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen

Begründung

Das Bekenntnis zur zivilen Seenotrettung ist wichtig. Dennoch reicht sie nicht aus. Die EU-Staaten dürfen sich nicht weiter hinter der zivilen Seenotrettung verstecken, sondern müssen auch selbst wieder aktiv ihrer Pflicht zur Seenotrettung nachkommen.

Ä5 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 499 bis 502:

stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir für gescheitert. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten. ~~Denn~~Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen ist dabei zentral, denn gerade in den ersten Wochen brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in

Begründung

Wir Grüne haben immer die ZUEn kritisiert, damit dürfen wir nicht jetzt aufhören, wo wir sie beenden können. Deshalb brauchen wir dazu auch eindeutige Worte in unserem Programm.

Ä6 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 518 bis 520 einfügen:

Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Bleibeperspektive. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer

Begründung

Bleibeperspektiven werden allgemein bestimmt und sagen nicht in jedem Fall etwas darüber aus über die Person im Land bleiben kann. Darüber hinaus sollten alle Menschen die Chance bekommen in Deutschland anzukommen. Dazu gehört auch Sprachunterricht von Beginn an, selbst wenn sie dann doch nicht in Deutschland bleiben sollten.

Ä7 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 527 bis 529 einfügen:

und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend nutzen. Eine vielfältige Mitarbeiter*innenschaft und rassismuskritische Fortbildung der Mitarbeitenden sind dafür unerlässlich. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*ja und

Begründung

Update: Antragstext geändert, Kommentar von Brigitte aufgegriffen.

Damit aus Ausländerbehörden auch wirklich "Willkommensbehörden" werden, braucht es auch gut geschulte Mitarbeiter*innen. Viele Menschen berichten von einem unwürdigen Umgang, Schulungen für die Mitarbeiter*innen sollen diesem als ein Teilpunkt entgegenwirken.

Ä8 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 532 bis 534 einfügen:

aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Utopische Mitwirkungspflichten sind damit unvereinbar. Die Anforderungen an Asylbewerber*innen müssen sich immer an dem praktisch Leistbaren orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft

Begründung

In bestimmten Fällen erwarten die Ausländerbehörden von Geflüchteten Leistungen zu erbringen (zum Beispiel Pässe zu besorgen), die praktisch nicht möglich sind, das sollten wir kritisieren. Beispielhaft gibt es eine bessere Verwaltungspraxis in Hamburg, welche es auch hier geben sollte (<https://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-politik-gesetzgebung/reiseausweise-fuer-eritreische-staatsangehoerige-mit-subsidiaerem-schutz.html>)

Ä9 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 762 bis 763 einfügen:

ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen. Aber auch die einzelnen Fälle von Polizeigewalt sind ein großes Problem und werden oft nicht aufgeklärt, da ein Korpsgeist in der Polizei herrscht und Vorwürfe nicht konsequent verfolgt werden. Wir werden eine externe Beschwerdestelle für Polizeigewalt einrichten, die dann auch selbst die Ermittlungen übernehmen kann.

Begründung

Polizeigewalt ist ein Problem, das durch interne Ermittlungen nicht adäquat bekämpft werden kann. Vielmehr braucht es hier eine externe Stelle, die Ermittlungen offen und unvoreingenommen führt, wie auch von Wissenschaftler*innen gefordert wird (<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/polizeigewalt-daenemarks-unabhaengige-ermittler-wie-das-land-mit-beschwerden-umgeht-a-ed437109-a710-40ed-904f-11d23a170b33>). Vorbild hierfür kann zum Beispiel die Praxis in Dänemark sein.

Ä11 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 584 bis 587:

bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen, pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. ~~Laut Gesetz haben~~ Inhaftierte **haben** Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft auffällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.

Begründung

Alle Menschen haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung, unabhängig davon, ob das gesetzlich geregelt ist.

Ä12 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Kaktus - Grüne Jugend

Änderungsantrag zu K5

Von Zeile 592 bis 593 einfügen:

erfolgsversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu erleichtern. Damit Menschen seltener erneut straffällig werden, muss auch der persönliche Umgang mit Inhaftierten respektvoller und menschlicher werden, unter anderem durch mehr Freiheiten bei der Lebensgestaltung in den Gefängnissen. Zusätzlich braucht es in Modellprojekten nach norwegischem Vorbild einen Ausbau von Rehabilitierungsprogrammen, Berufsvorbereitung und Unterstützung bei der Wiedereingliederung, sowie im Anschluss an die Haft Unterstützung bei der Job-Suche und im privaten Bereich.

Begründung

Unser derzeitiges Haftsystem basiert vor allem auf der Bestrafung, dabei sollte das oberste Ziel sein, dass Menschen nicht erneut straffällig werden. In Deutschland werden zurzeit ca. 48% der Menschen die einmal Inhaftiert waren rückfällig und begehen erneut eine Straftat. In Norwegen ist diese Quote bei ca. 20%, weil dort die Bestrafung als Leitprinzip zurückgestellt wird und vor allem auf Rehabilitation, Ausbildung und Resozialisierung gesetzt wird. Es geht darum, den Menschen eine Perspektive für die Zeit nach der Haft zu geben, denn das verringert die Wahrscheinlichkeit rückfällig zu werden vor allem bei Menschen, die vor der Haft keine Perspektiven, keine Arbeit, kein stabiles Umfeld hatten. Auch eine Betreuung und Unterstützung nach der Haft ist wichtig. Darüber hinaus werden die inhaftierten Menschen im persönlichen Umgang respektvoller und menschlicher behandelt und sie haben mehr Freiheiten in den Gefängnissen, beispielsweise durch Bewegungsfreiheit und Eigenständigkeit dabei. Die zusätzlichen Kosten für diese Maßnahmen stehen dabei ähnlich hohen eingesparten Kosten durch weniger inhaftierte Menschen gegenüber, auch wenn das nicht ausschlaggebend sein sollte mit den Menschen an einer Perspektive nach der Haft zu arbeiten.